

Der US-Autor Stephen Lendman bezeichnet die im Auftrag der US-Regierung mit Drohnen durchgeführten "gezielten Tötungen" als Morde ohne jede Rechtsgrundlage.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 165/13 – 01.11.13

Drohnen-Morde ohne gesetzliche Grundlage

Von Stephen Lendman

SteveLendmanBlog, 25.10.13

(<http://sjlendman.blogspot.de/2013/10/lawless-drone-killings.html>)

Die Vereinten Nationen haben bereits zwei Berichte zu diesem Problem erstellen lassen. Darauf gehe ich weiter unten ein.

Die sechzehnjährige Malala Yousafzai (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Malala_Yousafzai) setzt sich für das Recht der Frauen auf Bildung ein, betreibt einen Blog und wurde gerade mit dem Sacharow-Preis (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Sacharow-Preis>) ausgezeichnet. Außerdem hat sie den "Pakistan National Youth Peace Price" (den Friedenspreis des Staates Pakistan für Jugendliche) erhalten.

Auch für den Friedensnobelpreis 2013 war sie vorgeschlagen (s. dazu auch <http://www.spiegel.de/politik/ausland/friedensnobelpreis-2013-geht-an-chemiewaffen-inspektoren-op-cw-a-927292.html>). Desmond Tutu (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Desmond_Tutu) hat sie für den "International Children's Peace Prize" (den Internationalen Kinder-Friedenspreis, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Kinder-Friedenspreis) empfohlen. Am 16. Oktober hat Kanada angekündigt, dass es ihr die Ehrenstaatsbürgerschaft verleihen werde.

Obama hat sie ins Weiße Haus eingeladen, es hinterher aber vermutlich bereut. Sie hat sich nämlich nicht zurückgehalten, sondern die Gelegenheit genutzt. Sie erklärte:

"Drohnen-Angriffe stärken nur den Terrorismus. Bei diesen Angriffen werden auch viele Unschuldige zu Opfern, und das erweckt viele Ressentiments in der pakistanischen Bevölkerung."

Morden mit Predator-Drohnen ist klinisch sauber und billig. Die Tötungsteams sitzen vor ihren Tastaturen und Computermonitoren und steuern die Killer-Drohnen aus der Ferne.

Sie ermorden über die Fernbedienung gesichtslose Opfer. Sie töten rücksichtslos und werden nicht dafür zur Verantwortung gezogen.

Drohnen sind Instrumente staatlichen Terrors. Studien zeigen, dass überwiegend unschuldige Zivilisten getötet werden, die zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

In einem früheren Artikel habe ich mich schon einmal mit dem **Report "Living under Drones"** [Leben unter Drohnen, aufzurufen unter <http://www.livingunderdrones.org/wp-content/uploads/2013/10/Stanford-NYU-Living-Under-Drones.pdf>] beschäftigt, der von der International Human Rights and Conflict Resolution Clinic der Stanford Law School in Zusammenarbeit mit der Global Justice Clinic der School of Law der New York University erstellt wurde.

Die Washingtoner Regierung behauptet immer noch, Drohnen-Angriffe seien zielgenau

und treffsicher. Durch die gezielten Tötungen würden unerwünschte Nebenwirkungen und Kollateralschäden "minimiert", und die USA würden dadurch sicherer.

Das ist falsch! Bei Drohnen-Angriffen wird unterschiedslos getötet. Dabei sterben überwiegend nicht am Kampf beteiligte Zivilisten. In dem Bericht "Das Leben unter Drohnen" steht, was Washington nicht sagt.

Obama ist ein Serienlügner. Er weiß auch, dass er lügt, wenn er immer wieder behauptet, bei Drohnen-Angriffen kämen kaum Zivilisten um. Diese Angriffe richteten sich nur gegen aktive Terroristen, die in einer Liste erfasst seien, weil sie vorhätten, den Menschen in den USA Schlimmes anzutun.

Belastbare Beweise sagen etwas Anderes. Untersuchungen vor Ort und Aussagen von Augenzeugen belegen, dass Obama lügt.

In dem Bericht der beiden Universitäten Stanford und New York steht:

"Die US-Drohnen-Angriffe beeinträchtigen das tägliche Leben der Bevölkerung in einem weit unterschätzten Ausmaß, nicht nur wegen der vielen toten und verletzten Zivilisten.

Drohnen schweben vierundzwanzig Stunden am Tag über den Dörfern im nordwestlichen Pakistan und beschießen ohne Vorwarnung Gebäude, Fahrzeugen und öffentliche Plätze mit Raketen."

Durch ihre ständige Anwesenheit werden Männer, Frauen und Kinder terrorisiert; in den überflogenen Dörfern leiden viele unter Angstzuständen und Psychotraumata." (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Trauma_%28Psychologie%29)

Die offizielle Behauptung, die gezielten Tötungen würden die USA sicherer machen, trifft nicht zu. Aus dem Bericht der Stanford University / SU und der New York University / NYU geht hervor, dass nur zwei Prozent der Opfer wichtige Anführer der Kämpfenden sind.

Die anderen Getöteten sind größtenteils harmlose Zivilisten. Die Drohnen-Morde schüren den Hass und erleichtern die Rekrutierung neuer Kämpfer. Die meisten Pakistaner betrachten die US-Amerikaner als Feinde. Auch die Bevölkerung anderer Länder (in denen Mord-Drohnen eingesetzt werden) sind den USA feindlich gesinnt.

Professor Christof Heyns (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Christof_Heyns) gehört zur Leitung des Instituts für internationales und vergleichendes Recht an der Universität Pretoria. Er arbeitet für die Vereinte Nationen als Sonderberichterstatter für außergerichtliche, massenhafte oder willkürliche Exekutionen. (s. <http://www2.ohchr.org/english/issues/executions/>)

Sein am 13. September vorgelegter **UN-Report** mit dem Titel "**Außergerichtliche, massenhafte oder willkürliche Exekutionen**" [Der Report ist aufzurufen unter http://justsecurity.org/wp-content/uploads/2013/10/UN-Special-Rapporteur-Extrajudicial-Christof-Heyns-Report-Drones.pdf?utm_source=Press+mailing+list&utm_campaign=6de0426c90-2013_10_17_Heyns_drones_report_UN&utm_medium=email&utm_term=0_022da08134-6de0426c90-286021377] nennt keine Namen von Täter-Regierungen. Washington gehört aber offensichtlich dazu.

"Der extensive Einsatz bewaffneter Drohnen durch Staaten, die selbst nicht (von den Staaten, gegen die sie die Drohnen einsetzen) angegriffen werden, kann an den Grundsteinen der internationalen Sicherheit schweren strukturellen Schaden anrichten und

Präzedenzfälle schaffen, die den Schutz des Lebens auf der ganzen Erde längerfristig untergraben," heißt es in dem Report.

"Der Einsatz von Drohnen durch Staaten, die damit als eine Art Weltpolizei potenzielle Bedrohungen abwenden wollen, gefährdet den Schutz des Lebens, weil dadurch wesentliche Polizeimaßnahmen wie die Festnahme wegfallen und an deren Stelle meist die weiter gefassten Regelungen des Kriegsrechts treten."

Am 25. Oktober werden die Mitgliedstaaten der Generalversammlung den Heyns-Report diskutieren. Er fordert die (strikte) Einhaltung des Völkerrechts. Darin steht auch:

"Drohnen fliegen am Himmel, verursachen aber schwere Kriegsschäden in den angegriffenen Orten.

Die Behauptung, mit Drohnen ließe sich gezielter töten, kann nicht kritiklos hingenommen, weil mit unscharfen Begriffen wie 'Terrorist' oder 'Kämpfer' auch Getötete beschrieben werden, die in Wahrheit zu verschonende Zivilisten waren.

Bewaffnete Drohnen könnten in die Hände nichtstaatlicher Angreifer fallen oder von Unbefugten gehackt (und umgelenkt) werden.

Weil in naher Zukunft die Anzahl der Staaten, die Drohnen einsetzen können, vermutlich stark steigt, wird eine allgemeine Verständigung über dabei zu beachtende Einsatzbedingungen immer dringender."

Drohnen dürfen auf jeden Fall nur eingesetzt werden, wenn damit eine unmittelbar drohende Gefahr für Leib und Leben abgewendet werden kann.

"Die Ansicht, dass schon die frühere Beteiligung an der Planung von Anschlägen ausreicht, um eine Person zum Ziel (eines Drohnen-Angriffes) zu machen, obwohl keine Beweise für einen aktuellen und unmittelbar bevorstehenden (weiteren) Anschlag vorliegen, missachtet die Voraussetzungen, die nach dem Völkerrecht und den Menschenrechten (für einen solchen Angriff) unerlässlich sind."

Die Staatengemeinschaft kann "die Missachtung von Verpflichtungen, die aus dem Völkerrecht und den Menschenrechten erwachsen, nicht dulden".

Diese Ansicht vertritt auch **die britische Menschenrechtsgruppe "Reprieve"** (Verschönerung, s. <http://www.reprieve.org.uk/>). Ihre Rechtsberaterin Kat Craig sagte:

"In diesem Bericht wird zu Recht festgestellt, dass der geheime US-Drohnen-Krieg nicht nur unbeteiligte Zivilisten gefährdet, sondern auch die gesamte internationale Sicherheit bedroht.

Diese Kampagne der CIA muss aus dem Dunkel ans Licht gebracht werden: Die für die Ermordung Hunderter Zivilisten Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, denn die Verwandten der Opfer haben Anspruch auf Gerechtigkeit.

Unter den Menschen, um die sich "Reprieve" kümmert, sind auch pakistanischen Kinder, die miterlebten, wie ihre Großmutter (bei einem Drohnen-Angriff) getötet wurde. Die CIA darf nicht länger ihre sämtlichen Opfer zu 'Terroristen' erklären."

Ben Emmerson ist Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Menschenrechte

und Terrorbekämpfung. Am 18. September hat er einen **Report mit dem Titel "Förderung und Schutz der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten bei der Terrorbekämpfung"** vorgelegt. [s. http://msnbcmedia.msn.com/i/msnbc/sections/news/UN_Drones_Report.pdf]

Bei der im Auftrag der Vereinten Nationen durchgeführten Untersuchung wurden Dutzende von US-Drohnen-Angriffen erfasst, bei denen Zivilisten getötet und verletzt wurden. Diese Angriffe verstießen eindeutig gegen das Völkerrecht.

Emmerson hat Washington aufgefordert, bisher geheime Informationen zu veröffentlichen. Er will mehr Klarheit über die Drohnen-Angriffe der USA. In seinem Report wurden Vorkommnisse in Afghanistan, im Jemen, im Irak, in Libyen, in Somalia, in Pakistan und in Gaza berücksichtigt.

"Dass auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden, bedeutet allein noch keine Verletzung des humanitären Völkerrechts, wirft aber die Frage nach der Verantwortlichkeit und die Forderung nach mehr Transparenz auf," heißt es in dem Report.

Der Mangel an Informationen über die Drohnen-Angriffe der CIA sei "ein fast unüberwindliches Hindernis für die Herstellung von Transparenz".

"Es ist bedauerlich, dass es die USA bis heute versäumt haben, eigene Angaben zur Anzahl der bei geheimen Operationen mit ferngesteuerten Flugkörpern in Pakistan und anderswo getöteten Zivilisten zu machen."

Obama hat auch gelogen, als er verkündete, "vor jedem Drohnen-Angriff müsse nahezu Gewissheit bestehen, dass dabei keine Zivilisten getötet oder verletzt werden könnten". Bei Emmerson heißt es dazu:

Bei strikter Einhaltung des Völkerrechts könnten "ferngesteuerte Flugkörper vielleicht die Anzahl ziviler Opfer in bewaffneten Auseinandersetzungen vermindern, weil sie die Beurteilungsmöglichkeiten der Militärkommandeure vor Ort verbessern".

Für den Einsatz bewaffneter Drohnen zur Durchführung gezielter Tötungen gebe "es aber noch keine international verbindlichen Vereinbarungen".

Washington müsse "seine Haltung zu gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben unbedingt klären".

Die USA müssten "möglichst viele der bisher geheim gehaltenen Informationen über ihre extraterritorialen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung freigeben".

Sie müssten "ihre eigenen Erhebungen über die Anzahl der durch ferngesteuerte Flugkörper getöteten und verletzten Zivilisten veröffentlichen, zusammen mit Informationen über die verwendete Erhebungsmethode".

Die wichtigsten Aussagen möchte ich noch einmal wiederholen: Drohnen sind Instrumente staatlichen Terrors. Für gezielte Tötungen gibt es keine Rechtsgrundlage. Die USA sind für die meisten der bisher begangenen Drohnen-Morde verantwortlich.

Obamas Tötungsliste schreibt vor, wer, wo, wann umgebracht wird. Das Leben eines Menschen ist nichts mehr wert. Rechtsgrundsätze gelten nicht mehr. Zusammengefasst heißt das: Das Völkerrecht, die US-Verfassung und die US-Gesetze sind außer Kraft gesetzt.

Francis Boyle (s. dazu auch <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-voelkerrechtler-dieser-krieg-ist-illegal-a-164785.html> und http://en.wikipedia.org/wiki/Francis_Boyle) nennt mit Drohnen durchgeführte gezielte Tötungen "Morde, Meuchelmorde und außergerichtliche Exekutionen".

Diese Tötungen stellen "schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, gegen die Gesetze der Staaten, in denen sie stattfinden, und gegen die Gesetze der USA dar".

Die Drohnen-Angriffe des Pentagons und der CIA "sind vor allem deshalb sehr problematisch, weil dabei nicht zwischen Zivilisten und bewaffneten Aufständischen unterschieden wird".

Die unverhältnismäßig große Anzahl getöteter Zivilisten "wirft das Problem der Verantwortlichkeit für diese Kriegsverbrechen auf".

Die beim Einsatz von Drohnen auftretenden "hohen Verluste unter der Zivilbevölkerung können nicht mit dem nur für Kriegsgebiete geltenden Kriegsrecht gerechtfertigt werden".

Marjorie Cohn (s. <http://www.marjoriecohn.com/>) stellt dazu fest:

Die gegen Recht und Gesetz verstoßenden US-Drohnen-Angriffe "untergraben nicht nur den Rechtsstaat, sie nehmen den USA auch die Möglichkeit, berechtigten Protest anzumelden, wenn andere Staaten eigene Tötungslisten einführen.

"Obama leitet aus seinem 'Krieg gegen Al Qaida' die Berechtigung ab, jederzeit jeden beliebigen 'Verdächtigen' an jedem beliebigen Ort der Welt umbringen zu können."

Bei den so genannten "Signature Strikes" (den nur durch eine Unterschrift angeordneten Angriffen) werden "Raketen auf nicht identifizierte Personen abgeschossen, die sich (zufällig) in Gebieten aufhalten, in denen verdächtige Aktivitäten stattfanden oder vermutet werden".

Diese Praxis ist sogar noch schlimmer als das illegale "gezielte Töten", weil dabei Menschen umgebracht werden, "die noch nicht einmal als Zielpersonen identifiziert wurden". Die Drohnen-Angriffe verletzen bewährte Grundsätze des Völkerrechts.

Philip Alston, ein ehemaliger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für außergerichtliche, massenhafte oder willkürliche Exekutionen, hat das gezielte Töten als "vorsätzlichen, geplanten und bewussten Gebrauch tödlicher Gewalt gegen Personen" bezeichnet, "die sich nicht im Gewahrsam des sie Exekutierenden befinden".

Gezielte Tötungen sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht und Kriegsverbrechen. Nach dem **US War Crimes Act / WCA** (dem US-Gesetz gegen Kriegsverbrechen, aufzurufen über <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c104:3:./temp/~c1047fiNmw:>) aus dem Jahr 1996 verletzen sie die Genfer Konventionen, weil sie sich gegen Menschen richten, die zu schützen sind.

Der WCA gilt, wenn entweder die Opfer oder die Täter US-Staatsangehörige – auch in höchsten Regierungsämtern – oder Angehörige der US-Streitkräfte sind.

Kriegsverbrechen sind mit lebenslanger Haft oder der Todesstrafe zu ahnden. Bisher wurde in den USA aber noch niemand für begangene Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen. Obamas völkerrechtswidriger Krieg gegen die Menschheit wütet weiter, und täglich werden neue Kriegsverbrechen begangen.

Stephen Lendman lebt in Chicago. Er ist über lendmanstephen@sbcglobal.net zu erreichen. Sein neues Buch heißt "Banker Occupation: Waging Financial War on Humanity" (Die Machtergreifung der Banker: Sie führen einen Finanzkrieg gegen die Menschheit) und ist zu beziehen über amazon.de. Sein Blog (und Infos über ihn) sind aufzurufen unter <http://sjlendman.blogspot.de/>.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern und Hervorhebungen versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt.)

SteveLendmanBlog 

Lawless Drone Killings

by Stephen Lendman

Friday, October 25, 2013

Two UN reports highlight the problem. More on them below.

Sixteen-year-old Malala Yousafzai is an activist for women's education, a blogger, and Sakharov Prize winner. She's a Pakistan National Youth Peace Prize recipient.

She was a 2013 Nobel Peace Prize nominee. Desmond Tutu nominated her for the International Children's Peace Prize. On October 16, Canada said it plans to grant her honorary citizenship.

Obama invited her to the White House. Perhaps he wishes he hadn't. She took full advantage. She didn't hold back. "(D)rone attacks are fueling terrorism" she said.

"Innocent victims are killed in these acts, and they lead to resentment among the Pakistani people."

Predator drones sanitize killing on the cheap. Remote warrior teams operate computer keyboards and multiple monitors.

They murder by remote control. They target faceless victims. They kill indiscriminately. They do so unaccountably.

Drones are instruments of state terror. Studies show mostly innocent civilians are killed. They were in the wrong place at the wrong time.

A previous article discussed a joint Stanford University International Human Rights and Conflict Resolution Clinic (SU)/New York University School of Law Global Justice Clinic (NYU) report.

It's titled "Living Under Drones." The dominant Washington narrative claims drone strikes are precise and effective. Targeted killings "minimize downsides or collateral impacts," it says. Doing so makes America safer, it alleges.

False! Drone attacks kill indiscriminately. Mostly noncombatant civilians are affected. "Living Under Drones" exposes what Washington won't say.

Obama's a serial liar. He falsely claims drones haven't "caused a huge number of civilian casualties. They're targeted, focused at people who are on a list of active terrorists trying to go in and harm Americans."

Hard evidence proves otherwise. On site investigations and eyewitness testimonies are damning.

According to SU/NYU:

"US drone strike policies cause considerable and under-accounted-for harm to the daily lives of ordinary civilians, beyond death and physical injury."

"Drones hover twenty-four hours a day over communities in northwest Pakistan, striking homes, vehicles, and public spaces without warning."

"Their presence terrorizes men, women, and children, giving rise to anxiety and psychological trauma among civilian communities."

Official statements about drone killings keeping America safe are false. SU/NYU evidence shows at most only 2% of victims are high-value combatants.

Others are mostly innocent civilians. Drone killings fuel resentment. They facilitate anti-American recruitment. Most Pakistanis call America the enemy. So do people in other affected countries.

Professor Christof Heyns co-directs the University of Pretoria's Institute for International and Comparative Law. He serves as UN Special Rapporteur on Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions.

His September 13-dated UN report is titled "Extrajudicial, summary or arbitrary executions." It omits offender country names. He clearly holds Washington responsible.

"The expansive use of armed drones by the first states to acquire them, if not challenged, can do structural damage to the cornerstones of international security and set precedents that undermine the protection of life across the globe in the longer term," he said.

"The use of drones by states to exercise essentially a global policing function to counter potential threats presents a danger to the protection of life, because the tools of domestic policing (such as capture) are not available, and the more permissive targeting framework of the laws of war is often used instead."

On October 25, General Assembly member states will discuss Heyns' report. It calls for obeying international law. According to Heyns:

"Drones come from the sky but leave the heavy footprint of war on the communities they target."

"The claims that drones are more precise in targeting cannot be accepted uncritically, not least because terms such as 'terrorist' or 'militant' are sometimes used to describe people who are in truth protected civilians."

"Armed drones may fall into the hands of non-state actors and may also be hacked by enemies or other entities."

"In sum, the number of states with the capacity to use drones is likely to increase significantly in the near future, underscoring the need for greater consensus on the terms of their use."

Protecting against clear imminent threats to life alone are permissible.

"The view that mere past involvement in planning attacks is sufficient to render an individual targetable, even where there is no evidence of a specific and immediate attack, distorts the requirements established in international human rights law."

Countries may not consent "to the violation of their obligations under international humanitarian law or international human rights law."

Reprieve is a UK-based human rights group. Its legal director Kat Craig said:

"This report rightly states that (America's) secretive drone war is a danger not only to innocent civilians on the ground but also to international security as a whole."

"The CIA's campaign must be brought out of the shadows: we need to see real accountability for the hundreds of civilians who have been killed - and justice for their relatives."

"Among Reprieve's clients are young Pakistani children who saw their grandmother killed in front of them. The CIA must not be allowed to continue to smear these people as 'terrorists.' "

Ben Emmerson is UN Special Rapporteur on Human Rights and Counterterrorism. His September 18-dated UN report is titled "Promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism."

UN investigations identified dozens of US drone strikes causing civilian deaths and injuries. Doing so clearly violates international law.

Emmerson wants Washington to declassify relevant information. He wants more clarity on America's drone attacks. His report discusses incidents in Afghanistan, Yemen, Iraq, Libya, Somalia, Pakistan and Gaza.

"While the fact that civilians have been killed or injured does not necessarily point to a violation of international humanitarian law, it undoubtedly raises issues of accountability and transparency," he said.

Lack of information about CIA drone strikes creates "an almost insurmountable obstacle to transparency."

"One consequence is that the United States has to date failed to reveal its own data on the level of civilian casualties inflicted through the use of remotely piloted aircraft in classified operations conducted in Pakistan and elsewhere."

Obama lied saying "before any strike is taken, there must be near-certainty that no civilians will be killed or injured." According to Emmerson:

If international laws are strictly followed, "remotely piloted aircraft (perhaps can) reduce the risk of civilian casualties in armed conflict by significantly improving the situational awareness of military commanders."

At the same time, "no clear international consensus" exists regarding drones used for targeted killing.

Washington must "further clarify its position on the legal and factual issues."

It must "declassify, to the maximum extent possible, information relevant to its lethal extra-territorial counter-terrorism operations."

It must "release its own data on the level of civilian casualties inflicted through the use of remotely piloted aircraft, together with information on the evaluation methodology used."

It bears repeating. Drones are instruments of state terror. Killing is done extrajudicially. America bears most responsibility.

Obama's kill list decides who, where and when. Human lives don't matter. Nor do rule of law principles. Summary judgment means international, constitutional and US statute laws don't apply.

Francis Boyle calls drone attacks "murders, assassinations, and extrajudicial executions."

They constitute "a grave violation of international human rights law, the laws of countries where attacks take place, and US domestic law."

Pentagon/CIA drone attacks raise "serious problems of discriminating between civilians and insurgents engaged in armed conflict."

The disproportionate number of civilians killed "raises the issue of war crimes accountability."

Large numbers of civilian casualties suggests drones "can never be used in a manner consistent with the laws of war in actual war zones."

According to Marjorie Cohn:

Unlawful drone strikes "not only undermine the rule of law, (they) prevent the United States from reasonably objecting when other countries (target their own) kill lists."

"Obama's 'War on Al Qaeda' has been used as an excuse to assassinate anyone anywhere in the world" on his say.

So-called "signature strikes" mean "bombs are being dropped on unidentified people (in areas) where (alleged) suspicious activity" exists or occurred.

Doing so "goes beyond the illegal practice of 'targeted killing.' People are being (indiscriminately) killed without even being an identified target." Drone attacks violate well-established international law principles.

Former UN Special Rapporteur on Extrajudicial, Summary, or Arbitrary Executions Philip Alston calls targeted killings "intentional, premeditated, and deliberate use of lethal force (against individuals) not in the physical custody of the perpetrator."

They constitute grave international law breaches. They're war crimes. The 1996 US War Crimes Act (WCA) calls them "grave breaches of the Geneva Conventions" committed against people they protect.

WCA applies if either victims or perpetrators (to the highest levels of government) are US nationals or armed forces members.

Penalties call for either life imprisonment or death. America remains unaccountable. Obama's war on humanity rages. Lawlessness begets more of it.

Stephen Lendman lives in Chicago. He can be reached at lendmanstephen@sbcglobal.net.

*His new book is titled "Banker Occupation: Waging Financial War on Humanity."
<http://www.claritypress.com/LendmanII.html>*

Visit his blog site at sjlendman.blogspot.com.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern